

**Autor/-in:** Martin Kessler  
**Seite:** 4

**Jahrgang:** 2024  
**Auflage:** 54.451 (gedruckt)<sup>1</sup> 59.242 (verkauft)<sup>1</sup>  
60.910 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,210 (in Mio.)<sup>2</sup>

**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung

**Weblink:** <https://rp-online.de/117991193>

<sup>1</sup> IVW 2/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2023 Tageszeitungen

## Auf der Suche nach Geld

Deutschland versetzt als zweitwichtigster Unterstützer die Ukraine in Sorge. Denn Berlin will die Militärhilfe begrenzen. Die Mittel sollen aus anderen Töpfen kommen. Das ist aber gar nicht einfach.

Von Martin Kessler

Düsseldorf Für die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist die Sache klar. „Der Täter muss zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte sie vor gut einem Jahr. Gemeint war Russland, das die Ukraine angegriffen hat. Und als Mittel dazu sah die oberste Europa-Beamtin das vom Westen eingefrorene Vermögen der russischen Zentralbank und anderer Einrichtungen in Höhe von mehr als 300 Milliarden Dollar.

Dieses Geld spielt jetzt in den Überlegungen der Bundesregierung wieder eine herausgehobene Rolle. Der klamme Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) möchte daraus einen Teil der Militärhilfen für die Ukraine begleichen. Denn in seinem eigenen Haushalt gibt es für zusätzliche Ausgaben keinen Handlungsspielraum mehr. Zugleich schwindet in Teilen des Koalitionspartners SPD die Bereitschaft, die Mittel zuleisten anderer Posten aufzustocken. Und die putinfeindliche frühere Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht heimst mit ihrer neuen Formation BSW in den ostdeutschen Bundesländern sogar Umfrageerfolge mit einer kompletten Streichung der Ukraine-Hilfen ein.

Die Blaupause für die neue Finanzquelle liefert ein Beschluss des G7-Gipfels der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen im Juni dieses Jahres in Bari. Danach vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der führenden Länder, auf das eingefrorene Vermögen Russlands eine Anleihe von 50 Milliarden Dollar aufzunehmen. Damit könnten Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert werden. Die Zinsen für den Kredit sollten über das Unternehmen Euroclear kommen. Diese Stelle verwaltet im Auftrag der EU das Guthaben der

russischen Zentralbank und kassierte im vergangenen Jahr dafür 4,4 Milliarden Euro an Zinsen. „Der G7-Beschluss zur Beileidung des eingefrorenen russischen Vermögens ist brilliant“, meint denn auch der Osteuropa-Experte und Politikökonom Thomas Apolte, der an der Universität Münster Volkswirtschaft lehrt. Allerdings gibt es einige rechtliche Probleme. Denn der Westen kann, will er die von ihm propagierte Einhaltung internationaler Rechtsnormen ernst nehmen, nicht einfach über fremdes Vermögen verfügen. Das sei nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich, meint Juraprofessor Pierre Thielbörger, der an der Universität Bochum Völkerrecht lehrt. Denn Gegenmaßnahmen im Sinne des Völkerrechts müssten „vorübergehender Natur sein“. Das gelte nicht für Vermögenswerte, die ja auf immer „verloren“ gehen, so Thielbörger. Allerdings breche Russland nicht nur eine primäre Pflicht (Gewaltverbot), sondern auch eine sekundäre Pflicht (Wiedergutmachung). „Russland muss das Geld also ohnehin zahlen“, meint der Völkerrechtler.

Das zweite Problem ist der Faktor Zeit. Seit die führenden westlichen Industrieländer den Beschluss von Bari gefasst haben, ist nur wenig zur Umsetzung geschehen. Derweil drängt die Lage in der Ukraine. Die Truppen Kiews haben sich zwar mit dem Vorstoß auf russisches Gebiet in der Nähe von Kursk etwas Luft verschafft. Aber die Lage im Donbass, wo die russische Armee vorrückt, gilt noch immer als kritisch. „Die jetzigen Militärhilfen des Westens und auch Deutschlands reichen nicht aus, die Ukraine dauerhaft in die Lage zu versetzen, den russischen Angriffen standzuhalten“, meint der Russland-Kenner Apolte. Militärexperten erwarten, dass

die Russen noch deutlich mehr Reserven haben, um eine Entscheidung zu ihren Gunsten zu erzwingen. Jedenfalls sterben täglich Hunderte von Menschen auf beiden Seiten, ohne dass ein Ende abzusehen ist.

Deutsche und andere Unterstützer werden deshalb nicht darum herumkommen, auch weitere eigene Mittel im Kampf gegen den Aggressor einzusetzen. Die gut acht Milliarden Euro, die 2024 im Bundesetat stehen, sind bereits vollkommen für die Lieferungen von Waffen ausgeschöpft. Dabei könnten deutsche Rüstungskonzerne mehr Material liefern. Eine Einheit des Luftverteidigungssystems Iris-T, die Hersteller Diehl Defence bereitgestellt hat, ging erst einmal aus Geldmangel nicht in die Ukraine. Auch zusätzliche Artilleriemunition, Drohnen und Panzerhaubitzen werden dringend gebraucht. Politikökonom Apolte empfiehlt deshalb ein zweites Sondervermögen, um der Ukraine wirkungsvoll zu helfen. „Die Militärhilfe für die Ukraine ist eine Sonderaufgabe“, begründet er eine mögliche erweiterte Schuldenaufnahme. Dieses Vermögen könnte man mit der Anleihe auf russisches Vermögen verbinden. „So könnte man die strikte Schuldenbremse elegant umgehen“, findet der Wirtschaftswissenschaftler.

Einfach auf die Milliarden aus dem eingefrorenen Vermögen zu verweisen, reicht jedoch nicht aus. Das könnte die Hilfen schneller austrocknen, als allen Beteiligten lieb ist. Die ukrainische Seite warnt bereits, dass der Eindruck entstehen könnte, der Westen lasse das angegriffene Land im Stich. Dagegen versicherten Regierungskreise, die Unterstützung der Ukraine würde so lange weitergehen, wie das nötig sei. Ein finanzielles Konzept fehlt aber.

Die Militärhilfe für die Ukraine 2025  
Haushaltsansatz Für das kommende  
Jahr sieht der Bundesetat für die Mili-  
tärhilfe an die Ukraine vier Milliar-  
den Euro vor. Das ist die Hälfte des

Betrags von 2024.  
Lieferungen Im Jahr 2025 sollen 20  
weitere Panzerhaubitzen, 20 Marder-  
Schützenpanzer, 37 Leopard-1-

Kampfpanzer, fünf Gepard-Flakpan-  
zer sowie weitere Iris-T-Luftverteidi-  
gungssysteme an die Ukraine gehen.

**Abbildung:** Ein ukrainischer Soldat mit einem Leopard-2-Panzer. Da dessen Fähigkeiten angezweifelt werden, bekommt die Ukraine 2025 Leopard-1-Panzer. Foto: Imago

**Fotograf-in:** Funke/imago

**Wörter:** 734